



taz. die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 10041 | 9. WOCHE | 35. JAHRGANG

MONTAG, 25. FEBRUAR 2013 | WWW.TAZ.DE

€ 1,90 AUSLAND | € 1,30 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



JUPP HEYNCKES
Ovationen und Informationen zum tausendsten Ligaspiel
> SEITE 18

SYRIEN Wie Aktivisten in Aleppo den Schulunterricht wiederaufbauen
> SEITE 11

BERLIN Clubszene kämpft gegen das „Living Bauhaus“ am Spreeufer > SEITE 21

Fotos: dpa; ap

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Was ist der Unterschied zwischen der Homo-Ehe und Stuttgart 21? Bei der Homo-Ehe wurde die CDU so lange genervt, bis sie endlich Ja sagte. Bei Stuttgart 21 wurde das Volk so lange genervt, bis es endlich Nein sagte. Silvio Berlusconi hätte das nicht besser hingekriegt, aber der hat die Leute inzwischen auch schon so genervt, dass es unsicher ist, ob die noch mal Ja sagen oder Nein oder einfach „Leck mich“ zum ganzen Schweinesystem, bei dem auch wiederum unsicher ist, ob das jetzt nicht Pferdesystem heißen müsste. Relativistische Kackscheiße würde der Papst sagen, der auch nervt, aber der geht wenigstens von allein.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 12.498 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 | 90
fax 030 | 25 1 06 94
anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
Redaktion: 030 | 25 90 02-0
fax 030 | 25 1 51 30, briefe@taz.de
taz. die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

Mehrheit gegen Stuttgart 21

UMFRAGE 54 Prozent der Baden-Württemberger lehnen das Bahnprojekt inzwischen ab, wie eine im Auftrag der taz und der Wochenzeitung „Kontext“ erstellte Emnid-Umfrage ergibt. Bei der Volksabstimmung im November 2011 hatten sich noch 59 Prozent dafür ausgesprochen. Seither sind die veranschlagten Kosten um die Hälfte gestiegen, zuletzt war von 6,8 Milliarden Euro die Rede. Auch die Proteste werden wieder stärker > SEITE 3



Protest von Kopfbahnhofbefürwortern und Kostenexplosionskritikern am Samstag in Stuttgart Foto: Thomas Kienzle/Zeitenspiegel

KOMMENTAR VON INES POHL ZUM ERGEBNIS DER UMFRAGE ZU STUTTGART 21

Neue Fakten, neues Denken

Eine Umfrage, egal wie seriös und repräsentativ sie sein mag, ist natürlich keine Volksabstimmung. An dem Ergebnis der Emnid-Umfrage, die von der taz und der Wochenzeitung *Kontext* in Auftrag gegeben wurde, kann sich dennoch keiner vorbeimogeln. Dafür ist sie zu eindeutig.

Seitdem eine realistische Kalkulation auf dem Tisch liegt und die BürgerInnen wissen, dass der Tiefbahnhof Stuttgart 21 mindestens 2 Milliarden Euro teurer wird als zum Zeitpunkt der Volksabstimmung behauptet, kippt die Stimmung. 54 Prozent der Baden-Württemberger haben sich jetzt gegen den Weiterbau ausgesprochen.

Das sind Fakten, auf die verantwortliche PolitikerInnen reagieren müssen. Vor allem deshalb, weil es sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann in seinem Amt allzu präsidial gemächlich gemacht hat. Dabei half ihm das Scheinargument, er sei zwar im Wahlkampf gegen den Bau des neuen Bahnhofs gewesen, als gewählter Vertreter aber habe er sich nun mal dem Willen des Volkes zu beugen.

Die strategischen Gründe für diese Argumentation sind bekannt. Sie bescheren dem grünen Ministerpräsidenten den Frieden mit dem S 21 befürwortenden Koalitionspartner SPD, ohne den er nicht regieren konnte.

Was heißt das nun? In allererster Linie, dass Baden-Württemberger denkende Bürger sind. Die sich nicht allein von irgendwelchen parteipolitischen Vorgaben leiten lassen, sondern ihre Einschätzungen an Fakten orientieren. Interessant: Besonders eindeutig haben sich die schwäbischen Frauen mit 61 Prozent gegen S 21 ausgesprochen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigt in Berlin und Brüssel, wie es geht, unlieb-

Die Baden-Württemberger lassen sich nicht von parteipolitischen Vorgaben leiten

same Entscheidungen ganz präsidial an sich abperlen zu lassen. Für sie ist es ausgesprochen misslich, dass sie sich ausgerechnet bei S 21 so eindeutig positioniert hat und bereits vor zwei Jahren verkündete, die „Zukunftsfähigkeit Deutschlands“ entscheide sich an dem Verkehrsprojekt.

Das hat die grüne Landesregierung nie geglaubt, im Gegenteil. Sie sollte die aktuelle Umfrage und vor allem die aktuellen Kostenberechnungen nutzen, etwas anderes von der Bundeskanzlerin zu lernen: dass man nämlich seine Meinung auch radikal ändern kann, wenn es gute neue Argumente gibt. Und die liegen nun vor.

Atommülltanks undicht

USA In der ehemaligen Plutoniumanlage Hanford tritt aus Lecks in sechs unterirdischen Behältern flüssiger nuklearer Abfall aus

WASHINGTON/BERLIN *dpa/taz* In der ehemaligen Plutoniumanlage Hanford im US-Staat Washington tritt flüssiger nuklearer Abfall aus Lecks in sechs unterirdischen Tanks aus. Das teilte Gouverneur Jay Inslee laut Medienberichten mit. Das sei zwar eine beunruhigende Nachricht, es bestünden jedoch derzeit keine Gefahren für die Gesundheit, zitierte der Fernseh-

sender CNN den demokratischen Gouverneur.

Hanford gilt als der am schwersten radioaktiv verseuchte Ort der westlichen Hemisphäre. Hier wurde in den vierziger Jahren und im Kalten Krieg Plutonium zum Atombombenbau erzeugt. Später kamen mehrere Nuklearreaktoren hinzu, der letzte von ihnen wurde 1987 stillgelegt. Aus 6 von insgesamt

177 Tanks, deren Lebensdauer schon lange überschritten ist, sickern offenbar zwischen 70 und 1.000 Liter pro Jahr in die Erde. Dies hatte der scheidende US-Energieminister Steven Chu mitgeteilt. Bereits vor einer Woche war bekannt geworden, dass ein Tank undicht ist. Eine Analyse ergab nun Hinweise auf weitere löcherige Tanks.

> Wirtschaft + Umwelt SEITE 9

Deutschland gehackt

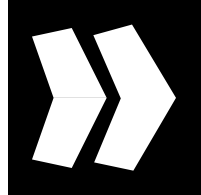
SPIONAGE Hacker attackieren deutsche Behörden und Konzerne. Die meisten Angriffe kommen aus China

HAMBURG/BERLIN *dapd/taz* Deutsche Konzerne klagen über immer raffiniertere Angriffe auf ihre Computersysteme durch chinesische Hacker. Vor einigen Monaten habe es „eine bemerkenswerte“ Attacke auf die Rechner des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS gegeben, bestätigten Unternehmenskreise dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*. Auch ThyssenKrupp

beklagte dem Bericht zufolge Mitte 2012 Angriffe, die „eine besondere Qualität“ aufwiesen. Die Täter sollen aus China stammen. Auf Computersysteme der Bundesregierung registrierte der Verfassungsschutz im Jahr 2012 fast 1.100 digitale Angriffe aus dem Ausland, die meisten ebenfalls aus China.

> Schwerpunkt SEITE 4
> Meinung SEITE 12





Stuttgart 21

Das Volk will den Bahnhof. Dieses Argument war einmal. Denn eine Umfrage ergibt eine klare Mehrheit gegen das Projekt



AUS STUTTGART
HERMANN G. ABMAYR

Die Stimmung in Baden-Württemberg kippt. 54 Prozent der Wahlberechtigten lehnen das Bahn- und Immobilienprojekt Stuttgart 21 inzwischen ab. Nur noch 39 Prozent befürworten es. So lautet das Ergebnis einer aktuellen TNS-Emnid-Umfrage, die die *Kontext:Wochenzeitung* und die *taz* in Auftrag gegeben haben. Bei der Volksabstimmung im November 2011 stimmten dagegen noch 59 Prozent für den unterir-

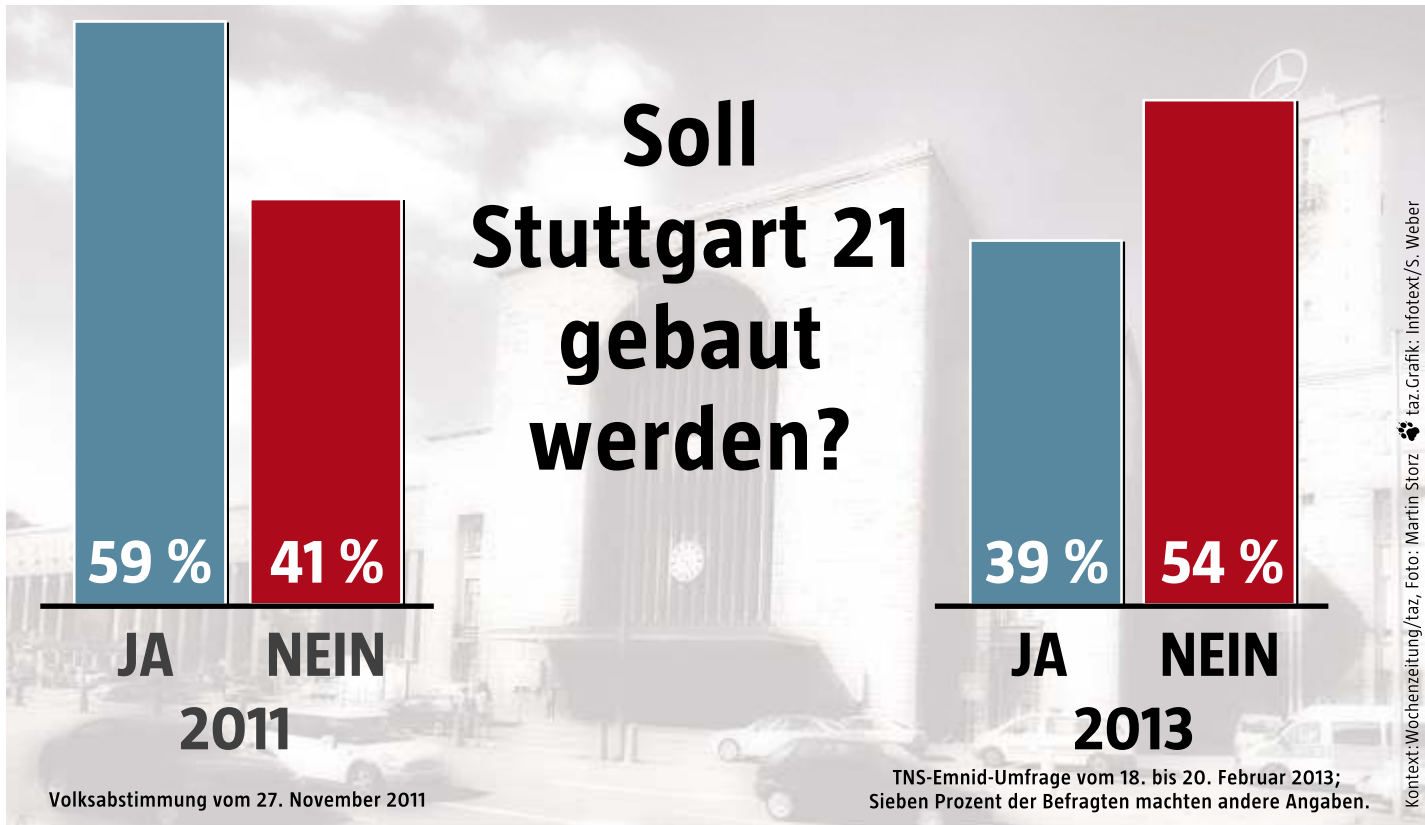
Mit 61 Prozent sprechen sich besonders viele Frauen gegen den umstrittenen Tunnelbahnhof aus

dischen Durchgangsbahnhof und 41 Prozent dagegen. Damit hat sich das Verhältnis innerhalb von gut einem Jahr ins Gegenteil verkehrt.

Auffallend hoch ist die Kritik der Frauen an der geplanten achtgleisigen Tunnelstation. 61 Prozent sprechen sich dagegen aus und fordern den Weiterbetrieb und die Modernisierung des bestehenden Kopfbahnhofs. Nur ein Drittel der Frauen wünschen sich Stuttgart 21.

Die mehrheitlich ablehnende Haltung gegenüber dem Projekt gilt für alle Bildungsschichten und fast alle Altersgruppen. Unter den Anhängern der drei großen Parteien gibt es mit 65 Prozent nur im Lager der Christdemokraten eine eindeutige Mehrheit für S 21.

TNS Emnid wollte auch wissen, wer die voraussichtlichen zusätzlichen Kosten in Höhe von 2,3 Milliarden Euro für das Bahnprojekt für den Fall übernehmen

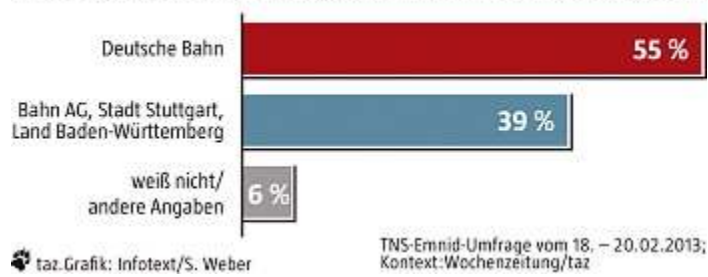


Das Volk bleibt oben

STUTTGART 21 Im November 2011 ergab eine Volksabstimmung in Baden-Württemberg eine eindeutige Mehrheit für den unterirdischen Bahnhof. Nach den jüngsten Kostensteigerungen hat sich die Meinung nach einer Umfrage im Auftrag von *taz* und „*Kontext:Wochenzeitung*“ gedreht. Jetzt will die Mehrheit unbedingt oben bleiben

soll, dass Stuttgart 21 gebaut wird. Finanziert sind bis heute nur 4,5 Milliarden Euro. Doch das Projekt soll nach Angaben des Bahn-Vorstands bis zu 6,8 Milliarden Euro kosten. Die Bahn solle die zusätzlichen Milliarden selbst aufbringen, sagen 55 Prozent der Befragten. Diese Meinung vertreten auch 38 Prozent der CDU-Anhänger. Die Mehr-

Wenn Stuttgart 21 doch gebaut wird: Wer soll dann zahlen?



heit der Bevölkerung unterstützt damit die Position der grün-roten Landesregierung und der Stadt Stuttgart, die weitere Subventionen für S 21 ablehnen. Nur 39 Prozent der Baden-Württemberger sprechen sich für den Vorschlag der Bahn aus, dass die Stadt und die Region Stuttgart sowie das Land Baden-Württemberg und die Deutsche Bahn AG

die zusätzlichen Kosten gemeinsam übernehmen sollen.

Laut Umfrage gibt es kaum Meinungsunterschiede zwischen den Stuttgartern und den Baden-Württembergern im Rest des Landes. Das Gleiche gilt für die Teilnehmer an der Volksabstimmung vom 27. November 2011 und diejenigen, die damals zu Hause blieben.

Bei der Volksabstimmung am 27. November 2011 wurde danach gefragt, ob Baden-Württemberg versuchen soll, aus der Finanzierung von Stuttgart 21 auszusteigen. Das Ergebnis wurde in der öffentlichen Wahrnehmung als Zustimmung zum Projekt gewertet. Die TNS-Emnid-Umfrage fragte nach den beiden Alternativen oberirdischer Kopfbahnhof oder unterirdischer Tiefbahnhof (S 21). Die Frage lautete: „Statt 4,5 Milliarden Euro soll das Bahnprojekt Stuttgart 21 nach Angaben der Deutschen Bahn AG jetzt 6,8 Milliarden Euro kosten. Was ist Ihrer Ansicht nach sinnvoller? Der Weiterbetrieb und die Modernisierung des Kopfbahnhofs oder der Bau von Stuttgart 21?“

Im Gegensatz zur Volksabstimmung enthält die aktuelle Umfrage neben den Antworten pro S 21 und pro Kopfbahnhof auch sonstige Antworten: „Weder noch“, „Weiß nicht“ oder „Mache keine Angaben“.

TNS Emnid hat insgesamt 1.500 zufällig ausgewählte Männer und Frauen befragt, 750 in der Landeshauptstadt Stuttgart und 750 im Rest des Bundeslandes. Der Befragungszeitraum: 18. bis 20. Februar. In der Auswertung für ganz Baden-Württemberg hat TNS Emnid den Anteil der in Stuttgart durchgeführten Interviews auf den tatsächlichen Anteil Stuttgarts an der Bevölkerung des Bundeslands proportional gewichtet.

Weitere Informationen unter www.kontextwochenzeitung.de

Der unterirdische Wahlkampfbahnhof

GELD Wie geht es weiter mit Stuttgart 21? Weil unklar bleibt, wer die Mehrkosten übernimmt, könnte die Sache am Ende vor Gericht entschieden werden

STUTTGART/BERLIN *taz* | So viele Menschen sind seit Langem nicht mehr gekommen, um gegen Stuttgart 21 und für einen Erhalt und Umbau des alten Kopfbahnhofs zu demonstrieren. Am Samstag gingen mehrere tausend Demonstranten auf die Straße, 8.000, behaupteten die Veranstalter, 6.000, sagte die Polizei. Das ist immer noch nur ein Bruchteil der 100.000 vom Oktober 2010, aber eben viermal mehr, als normalerweise zu den traditionellen Montagsdemonstrationen kommen.

Das ist ein weiteres Indiz, dass die Meinung in Baden-Württemberg zu dem Milliardenprojekt gekippt ist. Der verflixte Umbau des Bahnknotens beschäftigt die Stuttgarter seit über 20 Jahren. Er trug seinen Anteil daran, dass Stadt und Land nun von den Grünen regiert werden: Mit „Schuster weg“ und „Mappus raus“ versuchten die Demonstranten, die CDU-Granden aus ihren Ämtern zu jagen. Doch trotz der Regierungswechsel in Stadt und Land wird das Projekt immer noch gebaut – also adressieren die Projektgegner ihren Protest nun an

die Ebene darüber: Mit einem Transparent „Merkel weg“ führten sie ihren Demonstrationszug am Samstag an, auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zählte zum Feindbild.

Ob sich die Bundesregierung im fernen Berlin davon beeindruckt zeigt, steht auf einem anderen Blatt. Dass das Thema Stuttgart 21 dort wie ein nervtötender Straßenzeitungsverkäufer schon wieder allen in den Ohren liegt, ist allerdings nicht zu überhören: Mit einem „Stuttgart 21 wird gebaut“ unternahm Schäuble am Wochenende in einem Interview mit der *Stuttgarter Zeitung* den Versuch, die Sache klarzustellen. Es gebe ein gesamtstaatliches Interesse an dem Projekt, sagte er. Das sind klarere Worte als die von Kanzlerin Angela Merkel, die ausrichten ließ, man stehe zu dem Projekt, weitere Kostenüberraschungen dürfe es aber nicht geben.

Der Auslöser der ganzen Diskussion sind, wie so oft, die Kosten: Eigentlich hätte der Umbau des Bahnknotens mit neuem Tiefbahnhof in der Stadt, ICE-Anbindung des Flughafens und ki-



Stuttgart am Samstag: Die Demonstration richtet sich jetzt auch gegen die Kanzlerin Foto: Thomas Kienzle/Zeitenspiegel

lometerlangen Tunnelanlagen maximal 4,5 Milliarden Euro kosten sollen – bis zu dieser Summe waren die Kosten zwischen Stadt und Region Stuttgart, dem Land Baden-Württemberg, dem Bund und der Bahn vertraglich aufgeteilt. Obwohl der Betrag bereits einen Risikopuffer enthielt, musste die Bahn im Dezember einräumen, dass die Kosten 1,1 Milliarden Euro über den vorher kalkulierten Maximalkosten liegen würden, zudem gebe es Risiken von weiteren 1,2 Milliarden.

Aktuell gibt es zwei Knackpunkte: Zunächst muss der Aufsichtsrat der Bahn zustim-

men, dass der Schienenkonzern 1,1 Milliarden Euro mehr für S 21 ausgeben darf – das Gremium tagt am 5. März. Da die Bahn dem Bund gehört, handelt es sich aber letztlich um eine politische Entscheidung der Bundesregierung – insofern ist Schäubles Äußerung eine Vorentscheidung für einen Weiterbau.

Allerdings gibt es eine zweite, wesentlich umstrittenere Frage: Wer übernimmt die Risiken für den anderen Kostenblock von 1,2 Milliarden? Die baden-württembergische Landesregierung wie auch die Stadt Stuttgart lehnen es bisher strikt ab, sich daran zu

beteiligen. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) begründete dies zuletzt mit dem Argument, dass der Bau von Bahnhöfen und Schienen nicht Aufgabe der Länder sei. Die finanzielle Beteiligung an S 21 sei deshalb „eine freiwillige Leistung des Landes“ gewesen. „Deshalb kann es keine Nachschussverpflichtung geben.“

Mit dieser Linie konnte Kretschmann gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Dass das Land keinen Cent mehr bezahlt, war für die Grünen der einzige gemeinsame Nenner mit ihrem Koalitions-

partner SPD, die mehrheitlich für den Tiefbahnhof ist. Zudem könnte Kretschmann so das Land aus der Verantwortung ziehen, sollte die Bahn oder der Bund als Eigentümer den Ausstieg beschließen. Denn dann geht es um die Schadenersatzzahlungen.

Möglicherweise weicht Kretschmann seine Strategie auf: Nach Informationen der *Stuttgarter Zeitung* wird in der grün-roten Landesregierung darüber diskutiert, inwieweit sich das Land unter Umständen an Zusatzkosten für den Flughafen beteiligen könnte. Hierfür war unter Beteiligung von Bürgern eine verbesserte Variante erarbeitet worden.

Sollte es keine Einigung geben, gibt es eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder das Projekt wird beendet – dann dürften sich die Projektpartner um die Ausstiegskosten streiten. Oder die Gerichte entscheiden: Laut *Focus* will der Bahn-Aufsichtsrat, also mehrheitlich die Vertreter des Bundes, dem Unternehmen notfalls eine Klage gegen die Vertragspartner empfehlen. Dann würden sich im Bundestagswahlkampf eine grün regierte Stadt und ein grün geführtes Bundesland gegen eine von der schwarz-gelben Bundesregierung kontrollierte Bahn vor Gericht streiten. Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) hatte schon angekündigt: „Wenn die Bahn von uns mehr Geld will, muss sie klagen.“

NADINE MICHEL, INGO ARZT